

Grüne Haushaltsrede 2024

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

der erste Eindruck ist herausragend. Statt Beton wie in vielen Vorjahren darf dieses Mal das Klimaschutzkonzept auf die Titelseite und gibt Hoffnung. Nicht zuletzt, weil wir wissen, wer als Hauptverantwortlicher diesen Haushaltsplanentwurf aufgestellt hat.

Wir erinnern uns gut an die Rede von Peter Müller anlässlich seiner Wiederwahl zum Beigeordneten unserer Stadt. Sein damaliges Bekenntnis zur Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen in unserer Kommune scheint der Titel des Haushaltsplanes zu bekräftigen.

In seiner Schlussbetrachtung warnt Peter Müller aber von einem auch nach 2028 anhaltenden Investitions- und Finanzierungsstau. Das Ziel einer klimaneutralen Verwaltung sei ohne neue Kreditaufnahmen nicht zu erreichen. Warum jetzt ausgerechnet Klimaschutzmaßnahmen in Verbindung mit Schulden gebracht werden, ist nicht nachvollziehbar. Das macht nur Sinn, wenn es die Unwichtigste aller Ausgaben ist. Dabei sind Schulden Investitionen in die Zukunft und nicht per se schlecht.

Deswegen reicht unser fiskalischer Blick auf den Haushaltsplan nicht aus, um Schulden richtig einzuordnen. Schulden verändern die Zukunft und müssen vom Ende her betrachtet werden. Hat es sich am Ende gelohnt, eine Maßnahme durch Schulden teurer zu machen?

Es ist doch von Vorteil, Maßnahmen rechtzeitig zu erledigen. Wir können doch nicht auf den Kindergarten ansparen und zehn Jahre keine Kinder betreuen. Wir können mit den Erneuerbaren doch nicht bis 2029 warten, um die Klimaziele von 2030 zu erreichen. Wir müssen heute investieren und bis 2030 Strom produzieren, um damit Geld zu sparen.

Wir haben den Haushalt durchforstet um das, was nicht offensichtlich ist, in den Vordergrund zu rücken. Wir wollten Gründe sammeln, die Verwaltung doch auch wirklich ernsthaft zu loben. Ein Rückblick hilft: 2014 wurden bei einem Gesamthaushalt von 54 Millionen 37,4 % der Personalausgaben für die Kernverwaltung aufgewendet. In diesem Jahr sind es bei einem Gesamthaushalt mit 67 Millionen nur noch 32,9 % der Personalausgaben für die Kernverwaltung.

Um deutlich mehr umzusetzen scheint die Kernverwaltung weniger Kosten zu verursachen. Wird effizienter gearbeitet oder zeigt sich in den Zahlen, dass der notwendige Bürokratieabbau schon im Gange ist? Die Stadt als effizienter Dienstleister?

Oder entsteht der falsche Eindruck, wenn der Bürger erst einen Termin buchen muss, um im Bürgerbüro ein Anliegen loszuwerden? Ist das eher eine Behörde, die ihre Bürger abschrecken möchte?

Statistik ist eben, wie man draufschaut:

Die Personalkosten haben sich in der Kernverwaltung laut Plan in zehn Jahren von 4,4 Millionen auf 8,6 Millionen gesteigert. Das freut uns, weil das Personal besser bezahlt wird. Oder haben wir schon wieder den falschen Schluss gezogen und es sind nur viel mehr Stellen und die Inflation?

38,5 % der Personalkosten waren 2014 für soziale Einrichtungen veranschlagt. Nach Plan sind es in diesem Jahr 49,7 % der Personalkosten. In absoluten Zahlen ist der Sprung massiv: Von 4,3 Millionen auf 12,39 Millionen. Fast eine Verdreifachung, weil wir die Kinderbetreuung gut ausgebaut haben, weil Bildung ganz wichtig ist.

Nicht alles ist aus der eigenen Erkenntnis entstanden, manchmal hat der Bund mit Rahmenbedingungen die Entwicklung gepusht. Weil eben auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert werden musste. Wenn sich der Fachkräftebedarf nicht regional decken lässt, dann entstehen Strukturen, die Kinderbetreuung notwendig machen.

Ganztagesbetreuung, eine verlässliche Kinderbetreuung, das war ein Versprechen der Gesellschaft an junge Familien, um Ihnen den beruflichen Erfolg zu sichern und vor allem, um junge Arbeitskräfte zu den wichtigen Jobs zu bringen. Gerade jetzt, Stichwort Fachkräftemangel, der in Wirklichkeit ein Arbeitskräftemangel ist, kann verlässliche Kinderbetreuung ein wichtiges Mittel sein, um hochausgebildete Menschen in den Arbeitsmarkt zu bringen.

Da die Familienversorgung leider immer noch vorwiegend von Frauen geleistet wird und diese Tatsache sie auch oft in die Altersarmut führt, ist dies auch ein wichtiger Beitrag für mehr Fairness in unserer Gesellschaft.

Hier sind wir überzeugt, dass die Verwaltung wirklich gute Arbeit leistet.

Inzwischen langweilig, aber wahr – Klimaschutz umzusetzen ist drängend!
Und wenn wir weiter so wenig tun und andere Prioritäten setzen, dann bekommt
Klimaanpassung einen immer größeren Stellenwert. Im vergangenen Jahr hatten wir die
Anregung eines Bürgerbaums für den Ernst-Bauer-Platz. Mit der Forderung nach mehr Grün in der Stadt – also in der Stadt, nicht im Gemeinderat – konnten wir offensichtlich keinen Anstoß geben.

Dabei reicht uns das heute nicht mehr.

Die Vorstellung von "Klima BB – Klimaanpassung im Landkreis Böblingen" gibt Hinweise für die klimafeste Stadtentwicklung. Räume beschatten und Flächen entsiegeln sind zwei Handlungsansätze. Wie unterscheiden sich im Sommer die nördliche Bahnhofstraße und die Alemannenstraße? Durch Schatten! Auch schön grün natürlich bei Birgit Gaubisch in der westlichen Bachstraße.

Aber Konzepte sind eben nur Konzepte und waren teuer und liegen in der Schublade. Wahrscheinlich liegt dort auch der STEP, unser Stadtentwicklungsplan. Kleine Maßnahme daraus: Die Verknüpfung der Hauptstraße zum Ernst-Bauer-Platz, also die Hindenburgstraße. Eine vorgeschlagene Maßnahme war die temporäre Möblierung zur Steigerung der Aufenthaltsqualität. Das Verkehrsministerium hat dazu eine Servicestelle Ortsmitten. Dort gibt es genau diese Möblierung zum Ausleihen. Genau so wie es der STEP empfohlen hatte.

Dann taucht wieder die Frage auf: Wer soll das denn auch noch tun? Eine Strategie zur Umsetzung von Konzepten gibt es offensichtlich nicht. Kaum haben wir das Klimaschutzkonzept, ist die Managerin weg. Der Lenkungskreis kann sich nicht mehr treffen, dann können keine Maßnahmen mehr umgesetzt werden.

Dabei war das doch eine Querschnittsaufgabe, eine Aufgabe für die ganze Verwaltung. Wenn Maßnahmen nicht umgesetzt werden können, dann sollten doch Spielräume, also freie Kapazitäten, entstehen. Oder wollten wir tatsächlich nur Ina Reinhardt mit dem Klimaschutzkonzept beschäftigen?

Es gibt auch Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept die am Werden sind: Ein Bürgerwindpark scheint möglich zu werden, Ladeinfrastruktur ist am Entstehen und zur Maßnahme 4 ("Ausbau Parkflächen-PV-Anlagen") gibt es erste Überlegungen für die Riedwiesensporthalle.

Aber, Zitat KSK Seite 95: "Das Klimaschutzkonzept orientiert sich an den Klimaschutzzielen des Landes Baden-Württemberg." Das Land hat Sektorziele die im Verkehrsbereich bei minus 55 % Co² bis 2030 bezogen auf 1990 liegen. Um diese Ziele zu erreichen, muss 2030 jedes zweite Auto klimaneutral unterwegs sein, dazu muss 2030 jeder zweite Weg selbstaktiv zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden.

Und, lieber Jürgen Lauffer, wir unterstützen deinen vehementen Einsatz für Holz und gegen den Klimakiller Beton, aber wenn es mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer geben soll, dann müssen Flächen anders verteilt werden und der Beton beim Verkehr sind eben die Autos.

Das Thema Parkraumbewirtschaftung wurde im Klimaschutzkonzept als wirkungsvolle Maßnahme aufgeführt und braucht keine Klimaschutzmanagerin sondern den Willen der Verwaltung. Eine weitere kostengünstige Maßnahme wäre die Einrichtung von Waldrefugien. Wir nehmen einfach 10 Prozent unserer Waldfläche aus der Nutzung.

Einen Fehler im System hat unser Bürgermeister bei der Einbringung des Haushalts festgestellt. Das war aber nicht beim Thema Klimaschutz sondern bei der städtischen Abwasserbeseitigung. Weil die Investitionen in die Sanierung der Abwasserkanäle nicht über Gebühren finanziert werden dürfen, sondern nur die Abschreibung der Kanäle, entsteht im Eigenbetrieb Abwasser ein immer größer werdender Abmangel.

Bisher war das - weil immer viel Geld da war und die Zinsen niedrig waren - durch innere Darlehen prima gelöst. Der Plan diesen Abmangel über Kredite zu lösen, freut zwar einige Banken, wird aber für den Bürger teuer. Wir würden den Bürger gerne entlasten und ihm die Zinszahlungen ersparen. Das geht nur mit einem regelmäßigen Zuschuss aus dem städtischen Haushalt.

Wenn wir zusätzliche Kredite, die dann wiederum Zinsen generieren, für diesen Zuschuss vermeiden wollen, dann geht das nur über eine entsprechende Erhöhung der Einnahmen. An dieser Stelle möchten wir fragen, ob sich jemand erinnert, wie wir die wegfallende Feuerwehrabgabe gelöst haben?! Damals wurde die Grundsteuer um den wegfallenden Betrag der Feuerwehrabgabe erhöht. In der Gesamtschau wäre dies eine Lösung ohne die Nebenkosten Zinsen und ohne Mehraufwand in der Verwaltung. Denn am Ende zahlt in jedem Fall der Bürger – nur mit unserer Lösung etwas weniger.

Bei der Aufstellung des Haushaltes gibt es eine wichtige Zielsetzung: Die Erreichung eines ordentlichen Ergebnisses, das insgesamt positiv und am besten nicht sehr hoch ist. Um dieses zu erreichen, ist es am einfachsten, erst das Ergebnis der Rechnung einzugeben und erst hinterher zu schauen, welche Einnahmen aus der Gewerbesteuer notwendig sind. 424.000 € sind ein akzeptables Ergebnis, das einen kleinen Puffer hat, aber keine zusätzlichen Wünsche generiert. Zudem bleibt durch die pessimistische Ansetzung der Gewerbesteuer ein wichtiger Puffer für die sicher eintretenden höheren Abschreibungen der kommenden Jahre. Aus der Sicht des Haushalts ist es ein positives Zeichen, dass wir immer mal wieder 10 Millionen unser Investitionssumme nicht verarbeitet bekommen. Kritischer ist es, dass wir die Personalkapazität zur Umsetzung unserer Bauvorhaben vergangener Haushaltspläne nicht hatten. Wenn unsere Bauverwaltung mehr Projekte als Personal hat, gibt es genau zwei Stellschrauben. Wenn das Geld für die Baumaßnahmen bereitgestellt ist, müssen wir auch an der Stellschraube Personal drehen. Auch wenn die Baumaßnahmen wieder weniger werden.

Zwei konkrete Punkte noch, die unserer Fraktion überhaupt nicht gefallen: 20 % Kürzung mit dem Rasenmäher sind in der Krise mal notwendig. Heute ein Blick zurück lohnt sich aber schon: Wenn im Schulunterricht gekocht werden soll, aber keine Lebensmittel gekauft werden können, wurde an der falschen Stelle gespart. Stellen wir die Mittel für den Schulunterricht wieder zur Verfügung, damit der Unterricht auch in der Schulküche oder im Werkraum möglich ist.

Planungskosten für barrierefreie Haltestellen tauchen erst in 2026, Baukosten erst in 2027 auf. Das ist eine Pflichtmaßnahme, die schon einige Jahre überfällig ist. Es geht dabei um einen verlässlichen ÖPNV, der wenigstens im VVS-Gebiet auf einem einheitlichen Standard sein muss. Es ist gut, dass wir auch unsere Zebrastreifen barrierefrei umgebaut haben. Aber es war der zweite vor dem ersten Schritt. Wenn Reisende in Renningen ankommen, sollte dieses Ankommen als Bestandteil des ÖPNV möglich sein. Das wäre im Übrigen auch eine Maßnahme aus dem Klimaschutzkonzept: Stärkung des ÖPNV.

Wir wissen, dass die Stellungnahmen zum Haushalt gelesen werden und belassen es bei diesen zwei Anregungen, die gerne Gehör finden dürfen. Anträge zum Haushalt gehen, wie wir später unter TOP 8 sehen werden, oft eigene Wege. Anregungen, wie ein Bücherschrank in Malmsheim, kommen in die Umsetzung. Unser Wunsch im Blick auf das kommende und

die folgenden Jahre ist die Umsetzung von einstimmigen Beschlüssen wie dem Klimaschutzkonzept.

Dem Zahlenwerk würden wir unsere Zustimmung in Aussicht stellen und danken allen bisher und zukünftig Beteiligten.

Wir, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedanken uns für die vielfältige demokratische Zusammenarbeit und lebhaften Diskussionen in der Vergangenheit und Zukunft bei Ihnen, Herrn Bürgermeister Faißt, bei Ihnen, Herrn Beigeordneter Müller und allen Mitgliedern dieses Gemeinderates. Außerdem bedanken wir uns bei der gesamten Stadtverwaltung für das bisher und zukünftig Geleistete und die gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.